



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Stuttgart 10.07.2012

per E-Mail:

Name Herr Hochadel

Konsultation@netzentwicklungsplan.de

Durchwahl 0711 123-2482

E-Mail Werner.Hochadel@um.bwl.de

Aktenzeichen 61-4552.2

(Bitte bei Antwort angeben!)

Konsultation zum Netzentwicklungsplan

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg nimmt zum Netzentwicklungsplan (NEP) 2012 in der jetzigen Phase wie folgt Stellung:

Wegen der sich verändernden Erzeugungsstrukturen insbesondere durch den angestrebten, massiven Ausbau der Onshore- und Offshore-Windenergie müssen große Strommengen von Nord- und Ostdeutschland in die Lastzentren nach West- und Süddeutschland transportiert werden. Ein zügiger und umfassender Ausbau des deutschen Übertragungsnetzes ist daher unerlässlich.



Der erstmals am 30.05.2012 von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegte und im Internet veröffentlichte nationale Netzentwicklungsplan zeigt den weiteren Ausbaubedarf für die betrachteten Szenarien auf. Der Entwurf des Netzentwicklungsplans enthält ausgehend von einem Startnetz alle Maßnahmen, die aus Sicht der Übertragungsnetzbetreiber innerhalb der nächsten zehn Jahre für ein sicheres, bedarfsgerechtes Übertragungsnetz erforderlich sind.

Der Entwurf des Netzentwicklungsplans wurde auf Basis des von der Bundesnetzagentur Ende 2011 genehmigten Szenariorahmens erstellt, der in verschiedenen Szenarien die wahrscheinlichen Entwicklungen bei Energieerzeugung und Verbrauch für die nächsten zehn Jahre aufzeigt. Der Szenariorahmen war bereits Gegenstand eines öffentlichen Konsultationsverfahrens.

Die Ergebnisse hinsichtlich notwendiger Netzlängen und Leistungen können, bezogen auf die unterstellten Parameter, als belastbar und realistisch angesehen werden.

Die Übertragungsnetzbetreiber empfehlen, für die weiteren Planungen den ermittelten Netzausbaubedarf des Szenarios B 2022 als so genanntes Leitszenario zu Grunde zu legen. Auch wenn das Leitszenario insbesondere hinsichtlich des prognostizierten Windkraftausbaus in Baden-Württemberg hinter den Ausbauzielen der Landesregierung zurückbleibt, wird der hierauf basierende Netzentwicklungsplan seitens des Landes grundsätzlich befürwortet. Der neuartige Einsatz von HGÜ-Leitungen als wichtige Säule der Nord-Süd-Verbindungen im Übertragungsnetz ist wegen der technischen Eigenschaften und der geringeren Leitungsverluste zu begrüßen. Positiv hervorzuheben ist die im Netzentwicklungsplan erfolgte Priorisierung der Maßnahmen, die zunächst eine Optimierung im bestehenden Netz, danach eine Verstärkung oder ein Neubau in bestehenden Trassen und erst dann einen Neubau auf neuen Trassen vorsieht.

Offensichtlich resultiert der identifizierte Übertragungsbedarf von Nord- nach Süddeutschland vorwiegend aus dem geplanten, enormen Ausbau der Offshore- und Onshore-Windkraft im Norden Deutschlands. Es muss im Netzentwicklungsplan insoweit deutlich herausgearbeitet und begründet werden, warum ein Zubau von erneuerbaren und konventionellen Kapazitäten in Süddeutschland den Netzausbaubedarf nicht verringern könnte.

Bei der Weiterentwicklung des Netzentwicklungsplanes sollte im Hinblick auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein stärkerer Zubau von neuen, flexiblen Gaskraftwerken in süddeutschen Raum berücksichtigt werden. Weiterhin sollte künftig die begonnene Diskussion und Abstimmung

über Regionalisierungsszenarien beim Zubau von erneuerbaren Energien in den einzelnen Bundesländern Eingang finden.

Für die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen des Leitszenarios wird ein Investitionskostenbedarf in Höhe von rd. 20 Mrd. Euro bis zum Jahr 2022 angegeben. Darauf hinzuweisen ist, dass bei dieser Kostenabschätzung Mehrkosten, die durch eventuelle Erdverkabelungen entstehen könnten, nicht enthalten sind. Der Kostenrahmen wird sich daher bei Konkretisierung der Maßnahmen erhöhen.

Das von den Übertragungsnetzbetreibern favorisierte Leitszenario sieht in Baden-Württemberg einen Bedarf an neuen Stromtrassen auf einer Länge von insgesamt 330 km vor. Hierbei handelt es sich um rund 90 km lange Trassen für 380-kV-Höchstspannungsleitungen sowie um 240 km lange Trassen für Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ). Danach soll es künftig zwei HGÜ-Trassen nach Baden-Württemberg geben, eine westliche Trasse nach Philippsburg und eine östlich Trasse, die sich nach Großgartach nördlich von Neckarwestheim sowie nach Goldshöfe bei Aalen aufsplittet. Zudem sind Maßnahmen zur Verstärkung und Optimierung bereits bestehender Leitungen vorgesehen.

In dem vorliegenden Netzentwicklungsplan 2012 sind keine konkreten Trassenverläufe von Übertragungsleitungen, sondern der notwendige Übertragungsbedarf zwischen Netzknoten enthalten. Die Trassenverläufe werden im Rahmen der Bundesfachplanung und der sich anschließenden Planfeststellungsverfahren ermittelt.

Im Rahmen der Arbeiten zum nationalen Netzentwicklungsplan wurde auch das im Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) aus dem Jahre 2009 vorgesehene Leitungsbauprojekt, das eine Umrüstung der Hochspannungsleitung Weier – Villingen von 110 kV auf 380 kV vorsah, überprüft. Erfreulich ist, dass diese Maßnahme nunmehr entfallen kann, da deren Funktion durch eine Änderung der Netzstruktur in den betreffenden Regionen übernommen wurde.

Die Realisierung der Leitungsbaumaßnahmen in Deutschland hat im Hinblick auf die künftige Stromerzeugungsstruktur für die Versorgungssicherheit im Südwesten große Bedeutung. Damit können nicht nur große, regenerativ erzeugte Strommengen vorwiegend aus Nord- und Ostdeutschland ins Land transportiert werden, sondern es wird zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei Bedarf auch der verstärkte Zugriff auf konventionelle Erzeugungskapazitäten außerhalb Baden-Württembergs ermöglicht.

Wichtig ist nun, dass der Netzentwicklungsplan zum Ausbau der Übertragungsnetze zügig aber auch umweltverträglich umgesetzt, die betroffenen Kommunen und die Bevölkerung in einem transparenten Beteiligungsverfahren einbezogen und für die vor Ort auftretenden Probleme annehmbare Lösungen und Kompromisse gefunden werden. Das Umweltministerium wird die erforderlichen Netzausbaumaßnahmen unterstützen und mit der Durchführung einer Informations- und Dialogoffensive auch das Verständnis für den notwendigen Ausbau der Stromnetze stärken.

Wie bereits oben ausgeführt, müssen die Zusammenhänge zwischen der Netzausbauplanung und der sich auch regional wie auch im Energiemix sich verändernden Erzeugungsstruktur und damit auch dem NEP zu Grunde liegenden Szenarien fortlaufend und ergebnisoffen diskutiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Karl Greiβing

Ministerialdirigent